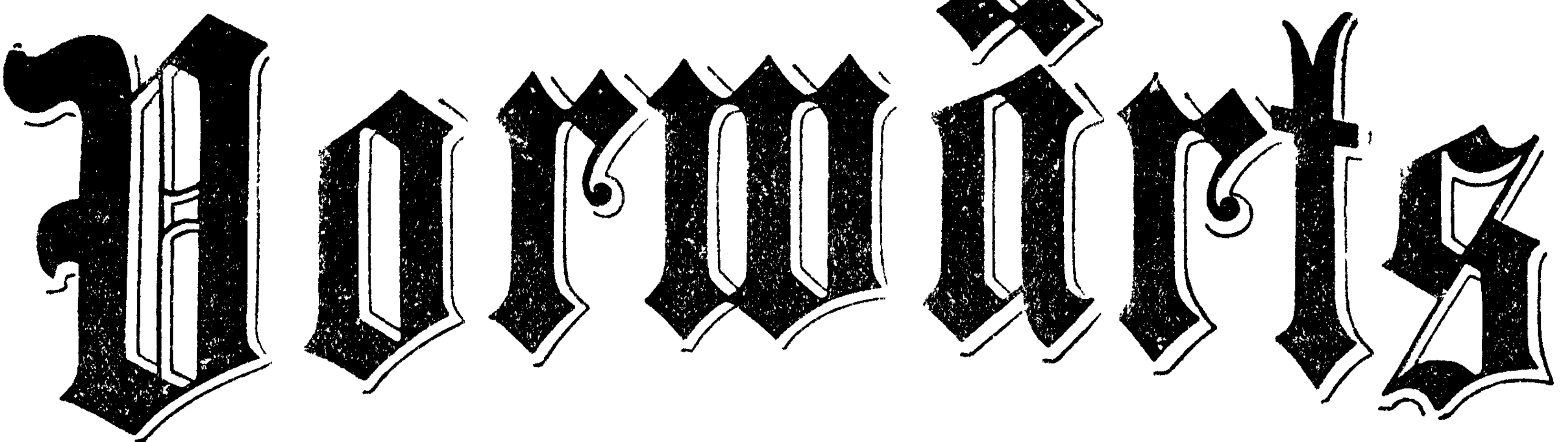
Nr. 1

Redaktion und Verlag:
Karlsbad, Haus „Graphia"
Fernsprecher Nr. 1081.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad.
Druck: „Graphia", Karlsbad.



Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

SONNTAG
18. Juni 1933

Bezugspreis für die CSR.:
Einzel-Nummer . Kč 1.40
Monatlich . . „ 6.—
Vierteljährlich . „ 18.—
Bezugspreis für das Ausland
Einzel-Nummer . Kč 2.—
Monatlich . . . „ 8.—
Vierteljährlich . „ 24.—

Zerbrecht die Ketten!

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein

Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden — man wird ihn dennoch hören. Wir werden sein Sprachrohr sein.

Brutaler Terror verhindert in Deutschland jede politische Tätigkeit. Wir erheben uns gegen die Tyrannei und rufen zum Kampf für die Freiheit.

„Der Marxismus ist tot, die Sozialdemokratie existiert nicht mehr!" verkündet Hitler. „Der Marxismus lebt, der demokratische Sozialismus ist unsterblich!" antworten wir.

Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Niederlage, die wir erlitten haben, nicht über die Schärfe des bevorstehenden Kampfes. Aber wenn man uns zumutet, die Niederlage hinzunehmen oder auf den Kampf zu verzichten, so antworten wir: „Niemals!"

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

Die Fortschritte der Arbeiterklasse nach dem Kriege, ihr verstärkter Einfluß in Reich, Ländern und Gemeinden, der Ausbau der Sozialpolitik, die Erhöhung des Lohnniveaus, die Zunahme sozialistischer Tendenzen in der Wirtschaft, alle diese Fortschritte, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erkämpft worden waren, haben den verstärkten Widerstand der reaktionären Großkapitalisten und Großagrarier auf den Plan gerufen. Den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gestaltung von Politik und Wirtschaft zu brechen und die Masse des arbeitenden Volkes in den alten Zustand der Unfreiheit zurückzuwerfen, war ihr Ziel.

Bei diesen volksfeindlichen Plänen kam ihnen die furchtbare Wirtschaftskrise zu Hilfe. Sie brachte ihnen Bundesgenossen. Die Bauern, von Ueberschuldung bedroht, der gewerbliche Mittelstand, in seiner Selbständigkeit gefährdet, die Deklassierten aller Schichten, die Inflationsopfer, die Rentner, die aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen — sie alle erhoben sich zu einer verzweifelten Rebellion gegen den Staat. Rettung erhofften sie von der Nationalsozialistischen Partei, die ihnen alles versprach, was sie hören wollten. Ihr gaben sie die Massengrundlage für den Kampf um die Staatsmacht; in ihr formierten sie sich zu einem gegenrevolutionären Block.

Die deutsche Arbeiterklasse aber war in dieser gefährlichsten Zeit ihrer Geschichte gespalten und durch innere Kämpfe geschwächt.

Ein Teil von ihr unterstellte sich der kommunistischen Führung, die das Interesse der Arbeiter an der Verteidigung der Demokratie leugnete und mit den Feinden der Volksfreiheit gemeinsame Sache machte. Mag man über Fehler der sozialdemokratischen Politik so hart urteilen, wie man will — wir betrachten es nicht als unsere Aufgabe sie abzustreiten — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Kommunismus ein einziges Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse und ein furchtbares Verhängnis für sie gewesen ist. Der Kommunismus hat den parlamentarischen Einfluß der Arbeiterbewegung gelähmt, er hat den Kampf um die Unorganisierten und Indifferenten erschwert, die Gewerkschaften geschwächt, das Spiel der Reaktion erleichtert. So erlag die Sozialdemokratie, mit ihr die Republik und die Arbeiterklasse, den anstürmenden gegenrevolutionären Kräften.

Der Faschismus trat die Herrschaft an. Er schreckte vor keinem Verbrechen zurück, um sie zu halten.

Der Brand im Reichstag bot der Regierung Hitler-Göring die erwünschte Gelegenheit, dem Volke eine beginnende kommunistische Revolution vorzutäuschen, an die in jenem Augenblick kein Mensch dachte. Wider besseres Wissen beschuldigte sie die Sozialdemokratische Partei der Teilnahme an der Brandstiftung. Mit solchen Lügen entfachte sie am Vorabend der Wahl den Paniksturm gegen den Marxismus. Sie verbot die Arbeiterpresse, vernichtete die Wahlfreiheit, sie bewaffnete die braunen Horden und stattete sie mit Polizeigewalt aus.

Die vom Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Ministern beschworene Verfassung wurde als ein bloßer Fetzen Papier behandelt und in hundert Stücke zerrissen.

Alle kommunistischen Abgeordneten und zahlreiche sozialdemokratische wurden mit Gewalt an der Ausübung ihres Mandats gehindert. Dem terrorisierten Rumpfparlament wurde ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt, dem nur die Sozialdemokraten ihre Zustimmung versagten. Mit ihm wurde die Grundlage jeder gesicherten Staatsordnung beseitigt. Deutschland hat seitdem aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.

Das Recht der regierenden Partei, ihre Gegner zu töten, wurde öffentlich proklamiert. Ungezählte, die keine andere Schuld tragen, als die, Marxisten zu sein, fielen ihm zum Opfer. Männer und Frauen wurden in SA.-Kasernen nackt ausgezogen und blutig gepeitscht, Zehntausende in die Gefängnisse und die Konzentrationslager verschleppt. Frauen und Kinder wurden für flüchtige Männer als Geiseln genommen. Judenhetzen wurden veranstaltet, wie sie seit dem Mittelalter nicht mehr erlebt worden sind. Gelehrte von Weltruf wurden davongejagt, Bücher auf den Scheiterhaufen geworfen und verbrannt. Es war ein Versinken in Schande. Sie aber nannten es — „nationale Erhebung."

Die regierende Partei begnügte sich damit nicht. Schonungslos unterdrückte sie auch die bürgerlichen Parteien, auch diejenigen, die töricht genug gewesen waren, ihr zur Macht zu verhelfen. Der Arbeiterbewegung aber raubte sie durch einen dreisten Handstreich ihr Vermögen, sie verwandelte die Gewerkschaften und die Konsumvereine in faschistische Zwangsorganisationen und vernichtete jede Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Sie betrachtete alles als ihre Beute, nicht zuletzt den Staat selbst, dessen Aemter sie — nach Zerstörung des Beamtenrechts — an ihre Anhänger verteilt und mit dessen Einnahmen sie nach Willkür waltet und schaltet.

Die nationalsozialistische Partei hat dem deutschen Volke seine Freiheit genommen. Was hat sie ihm gegeben? Was ist von ihren Versprechungen übrig geblieben?

Ihre Wirtschaftspolitik hat die Krise nicht gemildert sondern verschärft. Sie hat

die Lebensmittel, das Brot, das Fett verteuert.

Ohne den Bauern zu helfen, belastet sie die Masse der Verbraucher. Sie schont den Großgrundbesitz. Für die Siedlung hat sie nur noch Worte.

Leichtfertig und jeder Kontrolle entzogen ist ihre Finanzpolitik. Mit ihren Steuerermäßigungen für Haus- und Grundbesitzer sowie für Käufer von Maschinen und Automobilen, mit ihren verschwenderischen Ausgaben für die nationalsozialistische Partei, für die Unterbringung immer neuer Beamter steuert sie in den Abgrund steigender Defizite. Ihre Handelspolitik zerstört den Export und macht es Deutschland unmöglich, seinen ausländischen Verpflichtungen nachzukommen. Dadurch wird der Kredit ruiniert und die Krise verschärft.

Arbeitsbeschaffung war versprochen. Eine Milliarde sollte für sie bereitgestellt werden. Die Mittel wird die Notenpresse liefern. Die Gefahr der Inflation rückt damit immer näher. Die geplanten Arbeiten sollen aber nicht von freien Arbeitern zu gewerkschaftlichen Bedingungen ausgeführt werden, sondern zwangsmäßig durch einen militarisierten Arbeitsdienst. Das bedeutet für die gesamte Arbeiterschaft Vernichtung aller sozialen Errungenschaften. Rückfall in die schlimmste Lohnsklaverei!

Ist das die versprochene „Brechung der Zinsknechtschaft?" Ist das der feierlich angekündigte „deutsche" Sozialismus?

„Zerreißung der Ketten von Versailles", hatte die Nationalsozialistische Partei vor ihrem Regierungsantritt versprochen. Nach ihrem Regierungsantritt hat sie ohne jeden Zwang aus freiem Willen den Friedensvertrag von Versailles um zehn Jahre verlängert. Sie hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sie hat Locarno und den Kelloggpakt ohne jeden Zwang aus freiem Willen noch einmal feierlich bestätigt. Sie hat sich ohne jeden Zwang aus freiem Willen feierlich verpflichtet, die Außenpolitik Erzbergers und Rathenaus, Stresemanns und Hermann Müllers unverändert fortzusetzen. Aber sie hat sich an den besten Traditionen dieser Politik versündigt, indem sie dem schwachen Deutsch-Oesterreich die Peitsche zeigte, während sie vor dem starken Frankreich zurückwich. Es ist ihr auch nicht gelungen, die moralische Isolierung zu brechen, in die sie das deutsche Volk getrieben hat. Trotz ihrer Unterwerfung bleibt die außenpolitische Lage voller Gefahren.

Dieses System kann nur solange existieren, als es ihm gelingt, die Wahrheit zu unterdrücken. Denn es lebt allein von der Lüge.

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Wir fordern Wiederherstellung des Rechts, Strafgericht über die Verbrecher, Wiedergutmachung des verübten Unrechts.

Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die Freiheit des Volkes in Zukunft nur gesichert werden kann durch den schärfsten unerbittlichsten Kampf gegen die Feinde dieser Freiheit.

Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus! Darum fordern wir die Enteignung der Großkapitalisten und Großagrarier und den planmäßigen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen.

Wir wollen eine starke, wahrhafte Volksherrschaft, die kämpfende Demokratie, die mit starker Hand alle Anhänger der Despotie und alle Gewaltorganisationen gegen die Freiheit unterdrückt.

Wir wollen die Sicherung des Rechts und der Freiheit für den Einzelnen.

Wir wollen zur Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Deutschen eine Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft.

Wir wollen nicht den Krieg — wir wollen den Frieden!

Wir erklären, daß wir die Verantwortung für unser Tun allein tragen, und daß keine Organisation oder Körperschaft in Deutschland dafür mit verantwortlich gemacht werden kann. Wir stellen unser Verhältnis zu unsern Genossen in Deutschland auf den Boden vollkommenster Freiwilligkeit. Niemand ist durch Parteidisziplin verpflichtet, sich zu uns zu bekennen. Wer es dennoch tut und an unserem Werke mithilft, wird schwere Gefahren auf sich nehmen und harte Opfer bringen müssen. Aber diese Opfer für die Freiheit und den Sozialismus werden nicht umsonst gebracht sein!

Wir rufen zum Kampf, der dem deutschen Volke seine Ehre und seine Freiheit, der Arbeiterklasse ihre schwer errungenen und nur vorübergehend verloren gegangenen Rechte wieder bringen wird. Im Kampfe werden sich neue Formen des Kampfes bilden, werden sich neue Kämpferscharen formieren, werden neue Führer auferstehen. Ihnen den Weg zu bahnen, betrachten wir als unsere Pflicht.

Auf neuen Wegen zum alten sozialistischen Ziel! Zerbrecht die Ketten! Vorwärts!

Berlin und Prag

Hitler-Offiziöses über die Sozialdemokratie.

Die Hitler-Regierung veröffentlicht durch ihr offiziöses Conti-Bureau folgendes:

„Die nun bestätigte Meldung, daß die Parteiführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Wels und Vogel in Gemeinschaft mit Stampfer und Breitscheid in Prag ein Büro eröffnet haben, das sich „Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei" nennt und das bei der II. Internationale als solche angemeldet worden ist, hat die in Deutschland verbliebenen Führer der SPD. in große Schwierigkeiten gebracht. Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion der SPD. haben sich scharf dagegen verwahrt, daß eine Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Partei im Auslande entstände. Es ist große Stimmung dafür vorhanden, Wels, Breitscheid, Stampfer und Vogel aus der SPD. auszuschließen. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschland mit dem Sitze in Berlin würde dann vermutlich der ehemalige Reichstagspräsident Loebe übernehmen, der in Deutschland geblieben ist und seit geraumer Zeit die Geschäfte der Partei führt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob Stampfer zur Herausgabe des „Vorwärts" als Wochenblatt in Prag berechtigt

Frankfurt am Main

ist, da der „Vorwärts" Eigentum der SPD. ist und die deutschen Sozialdemokraten nicht daran denken, das Verlagsrecht herauszugeben. Sie erstreben vielmehr, wie aus ihren Kreisen verlautet, die Erlaubnis, den „Vorwärts" wieder erscheinen lassen zu dürfen, so daß dann vielleicht die Tatsache eintreten würde, daß der „Vorwärts" sowohl in Berlin wie in Prag erscheint."

Nachdem die Hitler-Regierung die gesamten Geschäfte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übernommen hat, geht sie konsequenter Weise auch dazu über, für sie Erklärungen zu erlassen. Sie sind dann aber auch danach.

Schon der Ausdruck „Reichsleitung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei" ist uns unbekannt. Ein Bureau, das diesen Namen führt, gibt es nicht.

Gen. Breitscheid ist nicht in Prag und bisher auch noch nicht dort gewesen.

Woher die Hitler-Regierung die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie kennt, ist ihr Geheimnis. Wir glauben nicht, daß es einen deutschen Sozialdemokraten gibt, der sie zu ihrem Vertrauten macht.

Stimmung für den Ausschluß der in Prag weilenden Genossen ist offenbar nur bei der Hitlerregierung vorhanden. Aber da diese Regierung durch brutale Gewalt regiert, ist es durchaus denkbar, daß sie den Ausschluß der genannten Genossen aus der sozialdemokratischen Partei durch Drohung mit neuen Einkerkerungen und Massackers erpreßt.

Offenbar ist es auch die Absicht der Hitlerregierung in Berlin, einen gleichgeschalteten „Vorwärts" erscheinen zu lassen. Einen „Vorwärts" aber, der sozialdemokratische, marxistische Ideen vertritt, der die Wahrheit sagt, der für Kultur und Recht, Freiheit und Menschlichkeit kämpft, einen solchen „Vorwärts" kann es in Hitlers Deutschland nicht geben, sondern nur im Ausland.

Die neuen Raubritter

Nazis kassieren sozialdemokratische Parteibeiträge!

Der „Führer der Deutschen Arbeitsfront" hat am 24. Mai an die „Herren Gauleiter der NSDAP." ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Als Pfleger über das beschlagnahmte Gesamtvermögen der SPD. obliegt mir auch die zweckentsprechende Verwaltung dieses Vermögens sowie die Sorge dafür, daß bestehende Vermögensrechte nicht verloren gehen, insbesondere soweit sie sich auf die Leistungen der Parteimitglieder beziehen. Ich bestimme daher, daß die Beiträge der bisherigen Mitglieder wie seither zu entrichten sind und beauftrage Sie mit der Einziehung dieser Beiträge. Die Unterlagen hierfür wollen Sie sich durch Aushändigung der Mitglieder-Kartotheken der einzelnen Ortsgruppen verschaffen.

Die eingehenden Zahlungen sind dann jeweils auf das Postscheckkonto der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG., Postscheckamt Berlin 3898, mit der Bezeichnung „SPD.-Mitgliedsbeitrag" zu überweisen. Ihrer gefl. Vollzugsmeldung sehe ich entgegen.

Heil Hitler!

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront
i. A. Müller.

Dieses Rundschreiben bildet die Krönung des Raubzuges der Nationalsozialisten auf das Eigentum und die Einrichtungen der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung. Nachdem man im Zuge der „Gleichschaltung" der Gewerkschaften das Gesamtvermögen der Partei beschlagnahmt hat, will man jetzt den Versuch unternehmen, sich auch noch in Zukunft aus den Groschen der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft eine laufende Einnahme zu verschaffen.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Raubzug mißlingen wird. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei denken nicht daran, mit ihren Groschen auch noch die nationalsozialistische Parteikasse aufzufüllen.

Die Verhaftung Schleichers.

Wiederholt ist in der letzten Zeit behauptet worden, daß General von Schleicher in Schutzhaft genommen worden sei. Die offiziellen Stellen haben ebenso wiederholt erklärt, daß darin kein wahres Wort sei.

Jetzt wird bekannt, daß die über Schleicher verhängte Schutzhaft auf Verlangen des Reichspräsidenten aufgehoben worden sei.

Also war Schleicher in Schutzhaft und die offiziellen Stellen haben gelogen.

Die Nacht des Verbrechens.

Ungelöste Rätsel des Reichstagsbrandes.

In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März ging der Sitzungssaal des Reichstags in Flammen auf. Die Polizei des Herrn Göring verhaftete neben einem jungen Holländer zwei kommunistische Reichstagsabgeordnete, die sie öffentlich der Brandstiftung beschuldigte. Zugleich versicherte sie, es sei ihr gelungen, eine große bolschewistische Verschwörung aufzudecken und empfindlich zu stören. Der Bericht des Herrn Göring fuhr dann wörtlich fort:

Trotzdem sollte der Brand des Reichstags das Fanal zu blutigem Aufruhr und Bürgerkrieg sein. Schon für Dienstag früh vier Uhr waren in Berlin große Plünderungen angesetzt. Es steht fest, daß mit dem heutigen Tage in ganz Deutschland die Terrorakte gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen das Privateigentum, gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung beginnen sollten.

Nie ist eine Prophezeihung wahrer gewesen. Sofort nach dem Reichstagsbrand herrschten in ganz Deutschland Mord und Totschlag, Plünderung und Raub, Diebstahl und Erpressung. Nur waren es nicht Kommunisten, die diese Taten begingen, sondern Nationalsozialisten in brauner Uniform.

Jedoch noch ehe man die Tragweite dieser ersten Meldung übersehen konnte, traf eine zweite ein. Im Reichstag sollten zwei Männer verhaftet worden sein, die der Redaktion des „Vorwärts" telefoniert hätten,

Anstifter des Brandes sei der Minister Göring.

Die Redaktion hätte diese beiden Männer beauftragt, diese Nachricht weiter zu verbreiten.

Von den beiden angeblich verhafteten Männern hat man seitdem nie wieder etwas gehört. Nie war ein Anruf von ihnen an die Redaktion des „Vorwärts" gelangt. Nie sind sie mit Redakteuren des „Vorwärts" konfrontiert worden. Und wie sollten die beiden Männer in den Reichstag gelangt sein, der sofort nach Ausbruch des Brandes für jedermann, auch für Abgeordnete, aufs strengste abgesperrt worden war?

In der Redaktion des „Vorwärts" hatte man natürlich die Frage der Täterschaft diskutiert. Kein Mensch glaubte die offiziösen Märchen, immerhin hielt der eine oder der andere es für möglich, daß ein verrückter Turkestaner den Reichstag in Brand gesteckt haben könnte. Andere vermuteten, daß irgendein besonders aufbauwilliger S.-A.-Sturm hinter dem Verbrechen stecke. Auf den Gedanken, daß Göring der Urheber des Reichstagsbrandes sein könnte, war in der Redaktion des „Vorwärts" kein Mensch gekommen. Dieser Gedanke, der dann in der ausländischen Presse eine große Rolle spielte, ist seltsamer Weise einzig und allein durch den offiziösen Nachrichtendienst in die Oeffentlichkeit gebracht worden. Ihm hat es Göring zu danken, wenn Millionen Menschen in der ganzen Welt ihn für den eigentlichen Brandstifter halten!

Wie ist die Meldung von dem angeblichen Anruf der beiden geheimnisvollen Männer in der Redaktion des „Vorwärts" erstanden? Wird dieses Rätsel jemals gelöst werden?

Der offiziöse Telegraph jedenfalls kümmerte sich in jener wilden Nacht nicht weiter um seine eigene Rätselhaftigkeit sondern er raste weiter. Noch ehe der Morgen des 1. März dämmerte — es war der Dienstag vor dem Wahlsonntag — brachte er folgende Meldung heraus:

Die kommunistischen Zeitungen, Zeitschriften Flugblätter und Plakate sind auf vier Wochen für ganz Preußen verboten.

Auf vierzehn Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD. zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offene Tatsache geworden. Sie verlangt von den verantwortlichen Hütern der Sicherheit Preußens ein Durchgreifen, das von seiner Pflicht bestimmt wird, die Staatsautorität in diesem Augenblick aufrechtzuerhalten. Die Notwendigkeit der schon früher eingeleiteten besonderen Maßnahmen sind durch die letzten Vorgänge in vollem Umfange bewiesen.

Inzwischen hatten die Beauftragten Görings schon das „Vorwärts"-Gebäude überfallartig besetzt und das Erscheinen der im Druck befindlichen Zeitung mit Gewalt verhindert.

Zugleich wurde eine „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat erlassen", die sämtliche staatsbürgerlichen Freiheiten restlos beseitigte und jeden gewaltsamen Widerstand gegen die Gewalttaten der neuen Regierung mit der Todesstrafe bedrohte. Die Verordnung wurde durch Rundfunk bekannt gegeben, und in der Begründung wurde gesagt, es

„bestehe der begründete Verdacht, daß im Zusammenhange mit der Brandstiftung eine Verbindung zu einer Parteistelle der Sozialdemokratischen Partei bestanden habe."

Am 1. März morgens überreichte der Fraktionssekretär Dr. Hertz im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes dem Oberreichsanwalt die Erklärung, daß ihm alle Mitglieder des Vorstandes jederzeit zur Verfügung ständen. Von dieser Bereitschaftserklärung ist niemals Gebrauch gemacht worden.

Göring beschuldigt die Sozialdemokratische Partei in zwei Kundgebungen der Teilnahme an Hochverrat und Brandstiftung. Er begründet mit dieser Beschuldigung die beginnende Erdrosselung der Partei, die Unterdrückung ihrer gesamten Presse. Aber der Oberreichsanwalt, dem die Untersuchung des begangenen Verbrechens obliegt, hält es nicht für notwendig, die beschuldigten Führer auch nur einmal zu vernehmen!

Einige Wochen später erließ der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht Vogt die Erklärung, daß eine Beteiligung einer anderen Partei, als der kommunistischen an der Tat des geheimnisvollen Holländers nicht in Betracht komme. Wollte er damit sagen, daß der Verdacht gegen die NSDAP. unbegründet sei? Gleichviel. Wenn gegen keine Partei als gegen die kommunistische ein Verdacht besteht, dann besteht auch kein Verdacht gegen die Sozialdemokratische Partei.

Noch hat der Prozeß gegen Van der Lubbe nicht stattgefunden. Aber längst ist durch das Reichsgericht festgestellt, daß die Behauptung, die Sozialdemokratie habe mit ihm in Verbindung gestanden, eine Lüge war — woran übrigens vom ersten Tag an kein vernünftiger Mensch gezweifelt hat.

Mit dieser Lüge aber hat Adolf Hitler seine Wahlschlacht vom 5. März geschlagen, und diese Lüge ist bis zum heutigen Tage das einzige Argument für das Verbot der sozialdemokratischen Parteipresse, das die nationalsozialistische Regierung geltend gemacht hat. Jetzt ist diese Lüge tot — so tot, daß selbst kein Göring und kein Goebbels den Versuch wagt, sie wieder zu beleben. Aber das Geheimnis der Brandstiftung ist noch immer nicht enthüllt. Wer war es, der die Lüge gegen die Sozialdemokratie erfand? Und wer war es, der den Verdacht gegen Göring durch offiziöse Kanäle in die Oeffentlichkeit leitete?

Gleichviel! In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März ist nicht nur der Sitzungssaal des Reichstags in Brand gesteckt — in jener Nacht ist auch die deutsche Republik erwürgt worden. Wer immer dem geheimnisvollen Idioten aus Holland die Hand geführt haben mag — die großen Verbrecher der letzten Februarnacht des Jahres 1933 sitzen nicht in den Untersuchungsgefängnissen sondern in den Regierungspalästen von Berlin.

Noch 10 Jahre Versailles

Die Irrwege nationalsozialistischer Aussenpolitik

Will man sich in dem kunterbunten Durcheinander der nationalsozialistischen Außenpolitik einigermaßen zurechtfinden, so muß man von der Tatsache ausgehen, daß gerade auf diesem besonders wichtigen Gebiet eine Gleichschaltung noch nicht stattgefunden hat. An der Spitze des Auswärtigen Amtes steht kein Nationalsozialist, sondern der ehemalige langjährige Botschafter in Rom, Herr von Neurath, der auch bei seinen politischen Gegnern als ein Mann von gesundem Menschenverstand und als ein anständiger Mensch gilt. Herr von Neurath hat als Botschafter die Außenpolitik Stresemanns und Hermann Müllers gefördert, und er ist offensichtlich bestrebt, auch jetzt noch die Kontinuität zu wahren und ein jähes Abgleiten der deutschen Außenpolitik auf die Bahn des Abenteuers zu vermeiden. Den nationalsozialistischen Radikalinskis ist es bisher nicht gelungen, ihn zu beseitigen. Umgekehrt hat er durch Drohung mit dem Rücktritt im Kabinett einige allzuschlimme Tollhäuslereien verhindert. Neben Herrn von Neurath sind auch die leitenden Beamten geblieben. Von allen Berliner Aemtern ist das Außenministerium immer noch dasjenige, in dem am wenigsten verrückt gespielt wird.

Wenn die deutsche Außenpolitik seit Hitlers Regierungsantritt trotzdem für die große Welt nur noch ein Gegenstand stiller oder lauter Heiterkeit ist, so muß man sich entsetzt fragen, was alles noch bevorsteht, wenn einmal die Bremsvorrichtungen des Auswärtigen Amtes ausgeschaltet sein werden. Wie tief wird das Ansehen Deutschlands erst dann sinken, wie wieviel wird sich die Lage der Auslandsdeutschen erst dann noch verschlechtern, welche Demütigung werden der deutschen Regierung noch bereitet werden — — und unter wieviel untertänigen Bücklingen wird sie sie dann erst einstecken?!

Es ist zweifellos, daß die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler der Welt einen Nervenchock verursachte. Kein Wunder, hätte der oppositionelle Theaterheld als Reichskanzler auch nur den zehnten Teil von dem wahr gemacht, was er vordem in billigen Tiraden verkündet hatte, dann hätte am Tage darauf Europa in Flammen gestanden. Man wartete gespannt, was da kommen würde. Eine Erklärung der deutschen Regierung, daß sie die Unterschrift unter den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkenne, daß Locarno, der Kelloggpakt für sie nicht mehr gelte? Kam nun der Austritt aus dem Völkerbund oder auch nur der ziemlich bedeutungslose aber von früheren Regierungen stets geforderte „Widerruf der Kriegsschuldlüge"?

Es kam nichts von alledem. Und sehr bald erkannte die französische Diplomatie, daß sie mit dem Wind aus Deutschland ausgezeichnet fahren konnte. Frankreich galt für die nationalsozialistische Agitation als der Erbfeind, den zu schädigen, wo man nur konnte, nationale Pflicht war. Noch nie aber, selbst während des Krieges nicht, war die diplomatische Vormachtstellung Frankreichs so stark und unbestritten, wie sie es seit dem Beginn des Dritten Reiches ist. Je tiefer Deutschland in Knechtschaft und Barbarei versank, desto glänzender erschien die Rolle Frankreichs als Träger der Freiheit und der Kultur. Dazu kommt, daß die Staaten im Osten, die aus den Pariser Friedensverträgen profitiert haben, einem kriegerischen Deutschland gegenüber auf den Schutz Frankreichs angewiesen sind. Auch ihnen gegenüber wurde Frankreichs Stellung noch fester.

So hat Hitler Deutschland schwach gemacht und Frankreich stark.

Die Riesendummheit des Judenboykotts schlug dem Faß den Boden aus. Am 1. April bot Deutschland ein Schauspiel, bei dessen Anblick sich die Welt in Abscheu geradezu erbrach. Auch damit konnte Frankreich nur zufrieden sein. Die berühmte Gründonnerstag-Debatte des Londoner Parlaments zeigte nicht nur eine kaum jemals dagewesene nationale Einigkeit gegen das Deutsche Reich,

sie gestaltete sich auch zu einer wahren Huldigung für die französische Republik.

Angesichts dieses moralischen Aufstandes der ganzen gesitteten Welt wurde der Judenboykott schleunigst abgeblasen. Damit hat freilich die Judenhetze im Lande nicht aufgehört und ebenso wenig sind die katastrophalen außenpolitischen Wirkungen wieder gut gemacht. Im Völkerbund mußte die deutsche Regierung vor dem kleinen jüdischen Angestellten Bernheim einen kläglichen Rückzug antreten. Sie mußte zugeben, daß ihre Judengesetze — die natürlich auch für Innerdeutschland einen infamen Rechtsbruch darstellten — in Oberschlesien unanwendbar sind und sie mußte sich auf die klägliche Ausrede zurückziehen, es handle sich nur um Mißgriffe untergeordneter Behörden. Dafür erlitt sie eine moralische Züchtigung wie keine Regierung je zuvor. Weder Paraguay noch Uruguay, weder Luxemburg noch Liechtenstein sind jemals so behandelt worden. Keine deutsche Regierung vor Hitler hätte sich eine derartige Behandlung gefallen lassen; sie hätte mit dem sofortigen Austritt aus dem Völkerbund geantwortet. Statt dessen hat sich Hitler durch Paragraphierung des sogenannten Viererpakts bereit gezeigt, die weitere Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund für zehn Jahre zuzusichern.

Die Groteske der nationalsozialistischen Außenpolitik erklomm einen Höhepunkt im Konflikt mit Oesterreich.

Während sich Hitler gegen Polen, Göring gegen Frankreich in Liebesbeteuerungen erging, entfesselten die sogenannten Minister Goebbels und Frank durch jungenhafte Ungezogenheiten einen ernsthaften Konflikt mit dem deutschen Staat Oesterreich. Wenn sich die Regierung Dollfuß gegen die Ungezogenheiten wehrte, war sie hundertmal im Recht, und die aus albernen Prestigegründen gegen Oesterreich verhängte Reisesperre war eine durch nichts zu rechtfertigende völkerrechtswidrige Brutalität.

In diesem ersten ernsten Konflikt, den die Hitlerregierung mit einer auswärtigen Regierung hat, steht Italien auf Seite des Gegners. Mussolini ist der Bundesgenosse von Dollfuß gegen Hitler.

Die Isolierung Deutschlands wurde damit vollständig. Daran können einige höfliche Redefloskeln des Duce, die man in der reichsdeutschen Presse in dicken Lettern abdruckt, nichts ändern. 1914 hatte Deutschland immer noch Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei zu Bundesgenossen. Heute steht es ganz allein. „Die Welt ist gegen uns", sagte Hitler am 1. Mai. Dies ist einer der wenigen Sätze aus seinen Reden und Schriften, die mit den Tatsachen übereinstimmen.

Aus dieser Isolierung kann das Reich Adolf Hitlers auch durch keinen Viererpakt befreit werden. Mit der Paragraphierung dieses Vertrages hat Hitler für 10 Jahre die Verpflichtung übernommen, den Friedensvertrag von Versailles unbedingt zu respektieren. Der Art. 10 des Völkerbundpakts, auf den sich das neue Dokument ausdrücklich beruft, legt den Vertragsteilnehmern die Pflicht auf, „die Unversehrtheit der Gebiete und der bestehenden politischen Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu wahren." Damit verzichtet Deutschland nicht nur auf jede Grenzrevision, sondern es übernimmt noch einmal und diesmal vollkommen freiwillig die Garantie für die Aufrechterhaltung des bestehenden territorialen Zustandes. Es verzichtet nicht nur auf den Korridor, es verpflichtet sich sogar, Polen im Besitz des Korridors zu schützen. Zugleich verzichtet es, indem es die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu wahren verspricht, auch auf den Anschluß von Oesterreich und Danzig!

In dem Buch von Viktor Schiff: „So war es in Versailles" findet man ein in seiner Schlichtheit tief erschütterndes menschliches Dokument. Dort schilderte Hermann Müller die seelischen Erschütterungen, die er erlebte, als er den Friedensvertrag zu unterzeichnen gezwungen war.

Jetzt hat Adolf Hitler diesen Friedensvertrag aus freien Stücken noch einmal unterzeichnet, ohne daß sein Appetit auch nur einen Augenblick darunter gelitten hätte. Er hat mit der betrügerischen Vorspiegelung, er könne eine „nationalere" Außenpolitik machen als die Marxisten und Republikaner sie gemacht hatten, gläubige Massen an sich gelockt. Er hat mit dieser betrügerischen Vorspiegelung uns Sozialdemokraten als Landesverräter und Volksfeinde gehetzt und für vogelfrei erklärt. Jetzt, am Ziel angelangt, treibt er eine Außenpolitik, die nicht nur nicht „nationaler" ist als die der Sozialdemokratie, sondern die auch — im Gegensatz zu jener — jedes Gefühl für nationale Würde vermissen läßt.

Hätte ein sozialdemokratischer Außenminister dem Viererpakt zugestimmt — es läßt sich gar nicht vorstellen, mit welcher Hetze die Nationalsozialisten darauf geantwortet hätten. Jetzt winden sie Adolf Hitler für seinen diplomatischen „Erfolg" dicke Lorbeerkränze. Und das arme, grenzenlos betrogene Volk? Merkt es noch immer nicht, wie ihm mitgespielt wird?

F. St.

Detektiv erforscht Rasse

Inserat aus dem „Berl. Tageblatt": Ermittlungen betr. christliche oder jüdische Abstammung, dem Arier-Gesetz entsprechend (Stammbaum), deren Ergebnisse für öffentliche, geschäftliche und private Zwecke unerläßlich sind, durch das seit 28 Jahren tausendfach bewährte Ermittlungs-Institut „Welt-Detektiv", Auskunftei Preiß, Berlin W 60, Tauentzienstr. 5.

Hitlers Außenpolitik

Ein tschechoslowakisches Urteil.

Die offiziöse „Prager Presse" schreibt:

„Der Vertrag von Versailles ist nicht zerrissen worden, das steht nunmehr fest. Man erinnert sich, daß die Nationalsozialisten angekündigt hatten, ihn zu zerreißen, sobald sie an die Macht kämen. Nun sind sie seit vier Monaten die Herren von Deutschland, und Adolf Hitler geht denselben außenpolitischen Weg weiter, den vor ihm Stresemann und Brüning eingeschlagen hatten, ja er schreitet entschlossener vorwärts als sie. Vor die Verantwortung gestellt, verhält er sich ganz anders als in der Opposition. Der Viermächtepakt bedeutet die neuerliche Anerkennung des Friedensvertrages, des Locarno-Vertrages, des Kelloggpaktes."

„Es ist kaum denkbar, daß ein Brüning den Viermächtepakt in seiner endgültigen Fassung hätte unterschreiben können. Adolf Hitler zögerte nicht, es zu tun, nachdem das Auswärtige Amt vergeblich darum gekämpft hatte, die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage im Vertrag zu verankern und auf die Revision den Hauptakzent zu legen. Die öffentliche Meinung Deutschlands, soweit sie sich in der Presse ausdrückt, verrät Spuren der Unzufriedenheit; einem ernsten Widerstand begegnet Hitlers Entschluß so wenig wie etwa die Heraufsetzung der Lebensmittelpreise. Das Murren darüber kann höchstens ein Geflüster sein."

*

Die Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt:

„Wenn jemals ein Vertrag, den eine deutsche Regierung unterzeichnet hat, eine Kapitulation vor allem Unrecht des Friedensdiktats von Versailles gewesen ist, dann ist es dieser Vertrag, der die Unterschrift Hitlers trägt!

Seit dem 30. Jänner ist Hitler Reichskanzler. Die kurze Zeit von fünf Monaten hat genügt, Deutschland in der Welt so vollständig zu isolieren, daß es einen so kläglichen Vertrag schließen muß!

So lange die Nazi im Kampf um die Macht waren, zogen die braunen Bataillone durch die Straßen der deutschen Städte und grölten: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!" Jetzt kapituliert Hitler vor Frankreich. So lange die Nazi in Opposition waren, kündeten sie an, sie würden, wenn sie erst an der Macht sind, den Polnischen Korridor zurücknehmen. Jetzt garantiert Hitler die „Unversehrbarkeit" des Polnischen Korridors. Vor wenigen Wochen noch verkündete die Hitler-Regierung, sie werde auf Deutschlands Gleichberechtigung in den Rüstungen bestehen. Jetzt hat sie darauf verzichtet, daß in dem Pakt Deutschlands Gleichberechtigung anerkannt wird. Aber irgendwo muß Hitler schließlich doch einen außenpolitischen Erfolg haben. Frankreich und seine Bundesgenossen sind stark; an die wagt er sich nicht heran. Also sucht er einen außenpolitischen Erfolg gegen den schwächsten unter den Nachbarn Deutschlands — gegen Oesterreich! Der Mut gegen das kleine, schwache deutsche Oesterreich soll die Kapitulation vor dem mächtigen Frankreich und seinen Bundesgenossen verdecken!"

Totaler Staat - totaler Bankerott!

Verantwortungslose Wirtschaft im Dritten Reich

Diktatur — das bedeutet eine Regierung, die nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, eine Regierung, die nicht Rechenschaft ablegen muß, in deren freiem Belieben es steht, was sie von ihren Handlungen und Unterlassungen den Regierten mitzuteilen für gut findet. Und so fließen seit der nationalsozialistischen Machtergreifung auch alle wirtschaftlichen und finanziellen Nachrichten recht spärlich und in einer Form, die für die Zwecke der Machthaber zurecht gemacht ist. Wir erfahren wenig, und das Wenige ist unzuverlässig.

Mit allen anderen politischen Freiheiten ist auch das Budgetrecht geraubt, das wichtigste Recht jeder Volksvertretung, an dessen Erkämpfung sich einst die revolutionäre Freiheitsbewegung entzündet hat. Denn das Budget, die Festsetzung der Einnahmen und der Ausgaben, bildet die wahre Schranke für die Willkür der Exekutive, der Regierung; in seiner Gestaltung spiegelt sich der Inhalt der Politik und erscheint der soziale Gehalt einer Zeit. Vor allem aber bindet die parlamentarische Bewilligung des Budgets die Verwaltung und unterwirft sie dem Willen der Volksvertretung. Deshalb ist es nur logisch, daß eine diktatorische Verwaltung, die ihre Unumschränktheit durchsetzen will, zur Vernichtung des Budgetrechtes schreitet.

Kein Reichshaushaltsplan

Das erste Quartal des neuen Etatjahres geht seinem Ende entgegen, aber noch immer ist ein neuer Haushaltsplan noch nicht bekanntgegeben. Herr Popitz, der preußische Finanzminister, hat wenigstens einen solchen Plan veröffentlicht, indem er freilich stolz hinzufügte, daß er keiner Kritik, keiner Beschlußfassung und keiner Aenderung durch parlamentarische Körperschaften mehr unterliege, sondern mit der Verkündigung durch die Regierung auch schon in Kraft trete, was ja schon einschließt, daß die Regierung diesen Etat auch nach Belieben stets ändern, sich daran halten kann oder auch nicht. Die Reichsregierung aber hat selbst auf eine solche Geste verzichtet, sie will offenbar deutlich demonstrieren, daß es die Untertanen gar nichts angehe, was ihre Herrscher mit den 7 Milliarden Steuergeldern anzufangen gedenke. Die nationalsozialistische Diktatur hat darin sogar ihr faschistisches Vorbild übertroffen. Denn der Finanzminister Mussolinis, übrigens ein deutscher Judenstämmling, hat erst kürzlich sein Budget dem faschistischen Scheinparlament vorgelegt und dieses durfte es sogar einer Art Debatte unterziehen. In Deutschland freilich fürchtet man sich offenbar, irgend einen Einblick in die Lage der Finanzen, wie sie sich während der kurzen Herrschaft des Regimes entwickelt haben, zu gewähren. Und dazu ist allerdings auch aller Grund vorhanden.

Rechnungsabschluß 1932

Dafür spricht auch, daß die monatlichen Nachweise über die Entwicklung der Reichsfinanzen mit immer größerer Verspätung erscheinen und immer inhaltloser werden. Erst jetzt ist der Abschluß für das am 1. April 1933 beendete Haushaltsjahr bekannt gegeben worden. Es handelt sich um den Etat, der durch die Drosselungsmaßnahmen Brünings und Dietrichs mit aller Kraft ins Gleichgewicht gebracht werden sollte. Das Ergebnis ist ein Defizit von 610 Millionen, das in der Hauptsache auf das weitere Absinken der Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Nun bestehen aber noch Fehlbeträge aus den Vorjahren im Betrage von 1270 Millionen; es besteht also ein Gesamtfehlbetrag von 1880 Millionen.

Zu diesen rund 2 Milliarden tritt nun ein wahrscheinlich mindestens gleich großes Defizit der Länder und Gemeinden hinzu, so daß wir mit einem Ausgangsbetrag für das laufende Etatjahr von mindestens 4 Milliarden Defizit der öffentlichen Körperschaften rechnen müssen. Die ungünstige Entwicklung der Steuereingänge aber dauert an, einmal wegen der Fortdauer der Krise, dann aber, weil offenbar eine Art latente Steuerverweigerung der bürgerlichen Schichten besteht. Die Nationalsozialisten haben den Mittelständlern und Bauern ja immer wieder alle möglichen Steuerermäßigungen versprochen. Kein Wunder, daß diese auf die Einlösung der schönen Versprechungen warten und sich unterdessen selbst ein wenig helfen, indem sie die Steuern nicht zahlen. Daher die immer wiederkehrenden Ermahnungen der Finanzminister, daher die Plakate, die in den Großstädten zur Steuerzahlung auffordern und die Wiedereinführung von Verzugszinsen.

Kommunale Finanzkatastrophe

Noch schlimmer steht es aber in den Gemeinden. Sie zahlen zum größten Teil nicht mehr die Zinsen und Tilgungen für ihre Schulden, sie zahlen nicht oder mit größter Verspätung ihre Lieferanten, sie drosseln alle Ausgaben und insbesondere die Kulturaufwendungen — und trotzdem können sie kaum mehr die Mittel für die immer wieder verminderte Wohlfahrtseinrichtung und Armenfürsorge aufbringen.

Immer mehr greifen sie zu den verzweifeltsten und unsozialsten Mitteln. So wollte jetzt die Stadt Kassel, die ihre Unterstützungssätze unter jedes erträgliche Maß herabgesetzt und ihren Anleihedienst wieder suspendiert hat, ein „freiwilliges" Notopfer, zunächst für vier Monate, erheben. Darnach sollten alle Arbeiter, Angestellten und Beamte in öffentlichen Betrieben monatlich 5 Prozent des Nettoeinkommens abliefern, wobei die Erhebung durch die „Beamtenfachschaften" erfolgt, die so zugleich ihr wahres Gesicht enthüllen. Die Arbeiter und Angestellten in den anderen Betrieben sollten eine Einkommensteuer von 3—18 Prozent entrichten. Die Vermögen der Firmen und Betriebsinhaber sollten in gleichem Verhältnis herangezogen werden. In den Aufrufen der Pg. Gauleiter, Kreisleiter und des Oberbürgermeisters wird die „Freiwilligkeit" des Notopfers dahin erläutert, daß der „moralische Zwang" bestehe, die Zahlungen ohne Widerstand zu leisten; säumige Zahler würden an den Anschlagsäulen plakatiert und öffentlich gebrandmarkt. Die Verwandlung der nationalsozialistischen Parteiorganisationen in Steuerexekutoren, die bei einem Arbeiter mit 100 Mark Monatseinkommen 3 Mark monatlich einzutreiben haben, hätte recht aufklärend gewirkt. Das Reichsfinanzministerium hat aber Einspruch erhoben. Immerhin zeigt der ganze Vorgang, wie unhaltbar die Lage auch größerer und relativ wohlhabenderer Gemeinden geworden ist.

Was tut die Reichsregierung?

Die Reichsregierung tut aber selbst nicht das Geringste für eine Ordnung der Finanzen, im Gegenteil! Um ihre Anhänger nicht ganz und gar zu enttäuschen, hat sie die Besitzsteuern — die Hauszinssteuer, die Grund- und Gewerbesteuern, die Automobilsteuer — noch weiter ermäßigt und dadurch die Lage von Ländern und Gemeinden weiter verschlechtert. Sie sieht nicht nur zu, wie das öffentliche Wohlfahrtswesen immer weiter verfällt, sondern fördert diesen Verfall bewußt, indem sie während der immer heftiger würgenden Krise auf die stärkere Heranziehung der freiwilligen Hilfstätigkeit der bürgerlichen Wohltäter verweist! Sie steigert die Not durch eine Wirtschaftspolitik, die alle Lebensmittel verteuert und überläßt die Gemeinden ihrer Pein. Kein Zweifel, daß wir mit einem weiteren Steigen des Defizits, mit einem immer stärkerem Verfall der Verwaltungen in Ländern und Gemeinden zu rechnen haben.

Die eigene Finanzwirtschaft des Reiches ist aber völlig undurchsichtig. Sicher sind große Aus-

gaben gemacht worden für die Unterbringung und Erhaltung der SA. und SS. Dazu die fortwährenden Subventionen für die Landwirtschaft und die Industrie, Ausgaben, für die die Mittel nicht zur Verfügung stehen, die sich in einem fortschreitenden Anwachsen der bestehenden Schuld äußern müssen.

Dazu kommen die Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung, für die eine Milliarde Mark zur Verfügung gestellt werden soll. Wir können hier keine Kritik vom sozialpolitischen Standpunkt geben, der muß an anderer Stelle geschehen. Wir müssen also ohne Skandal übergehen, daß die Arbeiter gezwungen werden, auch die qualifiziertesten Arbeiter für eine Bezahlung zu leisten, die sich zusammensetzt aus der Arbeitslosenunterstützung, einer warmen Mahlzeit und einer Vergütung von 25 Mark im Monat in Form von Bedarfsdeckungsscheinen, mit denen ausschließlich Kleidung, Wäsche und Hausrat erworben werden kann. Es kann auch nur gestreift werden, daß sehr viele dieser Arbeiter gar keine zusätzlichen sein werden, sondern daß die Kommunen ihre unumgänglichen Arbeiten aus diesem Fonds finanzieren, daß sie einen Teil der Gelder wohl einfach für die Fortzahlungen ihrer Unterstützungen verbrauchen werden. Aber in unserem Zusammenhang ist die Finanzierung wichtig. An Anleiheaufnahme, erst recht an Aufbringung durch Besteuerung des großen Einkommens und Vermögens wird gar nicht gedacht. Die Finanzierung geschieht vielmehr durch Ausgabe von Scheckwechseln, die bei der Reichsbank in Banknoten umgewandelt werden können, also in letzter Instanz: Notendruck für Staatsausgaben. Das ist der erste Schritt in die Inflation.

Nun sollen allerdings die Wechsel in den nächsten vier Etatjahren wieder eingelöst und so aus dem Verkehr gezogen werden. Aber kann denn das gelingen und ist es nicht vielmehr ein Versprechen, das gegen besseres Wissen des Reichsfinanzministers und Reichsbankpräsidenten gegeben wird?

Die Etats von 1934 ab sind belastet mit der Einlösungspflicht einmal für die Steuerscheine, sodann für die Schatzscheine, die für die Bankensanierung, für die Industriesubventionen, für die Schuldenentlastung der Landwirtschaft, für die Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens usw. hingegeben sind. Man darf diese Vorbelastung mit mindestens ½ Milliarde annehmen. Dazu kommt das sich vergrößernde laufende Defizit, ein bei der nationalsozialistischen Steuer- und Ausgabenwirtschaft ziemlich unberechenbarer Posten, den man aber mindestens in derselben Höhe ansetzen muß. Dazu noch die ¼ Milliarde aus dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem nicht gedeckten Kosten des alten zu schweigen. Das heißt, das laufende Defizit wird von 1934 an um etwa 1¼ bis 1½ Milliarden mindestens steigen und von der Deckung des alten, von 2 Milliarden, die Herr Schacht einst von den verfassungsmäßigen Regierungen so stürmisch forderte, ist erst recht keine Rede. Anleihen werden nicht möglich sein und Steuererhöhung kann selbst das nationalsozialistische Regime nicht wagen. Und dazu das wachsende Elend der kommunalen Finanzen. Bleibt da ein anderer Ausweg als die Notenpresse?

„Transfer-Moratorium"

Herr Schacht plant allerdings einen Fischzug. Er verwechselt den halben Bankrott Deutschlands, das bisher den privaten Auslandsgläubigern nicht das Kapital, wohl aber Zinsen und Tilgung zahlte, in einen neunzehntel Bankerott, indem er auch diese Zahlungen einstellt. Für die Dawes- und Younganleihe, für die Stillhaltegelder werden allerdings die Zahlungen weiter geleistet werden müssen. Immerhin erspart Schacht durch die Erweiterung des Bankerotts der deutschen Wirtschaft zunächst die Zahlung von einigen hundert Millionen an das Ausland. Er verbessert dadurch für den Moment die Zahlungsbilanz und damit die Währung. Aber das wird erkauft durch die schwere Schädigung des deutschen Kredits und wird Gegenmaßnahmen der Gläubigerländer hervorrufen, die den Erlös aus dem deutschen Außenhandel zur Deckung der Schulden hervorzuziehen, sich anschicken. Jedenfalls haben die Gläubiger Mittel, über kurz oder lang die Wiederaufnahme der Zahlungen durchzusetzen, und diese kann sehr leicht in dieselbe Zeit fallen, in deren die Ordnung des Haushalts zur Unmöglichkeit wird. Der Druck auf die Währung erfolgt dann gleichzeitig von innen und von außen.

Unkontrollierte Wirtschaft wird stets zur Mißwirtschaft. Seit der Beseitigung der parlamentarischen Kontrolle hat zuerst die Regierung Papen in unverantwortlicher Weise die Zukunft belastet. Was aber die Nationalsozialisten treiben, läßt Papens leichtsinnige Spekulation auf die Wirtschaftsbelebung weit hinter sich. Ihr totaler Staat treibt zum totalen Bankerott.

Dr. Richard Kern.

Der Sozialismus wird siegen!

Ist die Internationale tot? Es lebe die Internationale!

Von **Emil Vandervelde.**

Die Internationale stirbt, die Internationale ist tot... das ist das Leitmotiv, das sich seit dem 5. März in der Rechtspresse breit macht.

Im Pariser „Temps" vom 4. Mai, wenige Tage nach der großen Parade vom 1. Mai in Deutschland, der in eine nationalistische Manifestation umgefälscht wurde, war zu lesen:

„Das Hitlersche Experiment, auch wenn es letzten Endes scheitern wird, wird doch eine tiefe Aenderung in der Politik hervorrufen: Bereits durch die Tatsache, die es gezeigt hat, mit welcher Leichtigkeit es die Sozialdemokratie zerschlagen hat, die bisher in der sozialistischen Bewegung Europas führend war. Die Arbeiterpartei hat in England eine Niederlage erlitten, der Sozialismus ist in Deutschland zugrunde gegangen, er ist ausgerottet in Rußland und vertrieben aus Italien und er hat keinen Einfluß in der amerikanischen Demokratie. Das bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung, auf den die Völker aufmerksam gemacht werden müssen."

Aufmerksam? Wer wird es leugnen?

Ja, die Arbeiterpartei hat in England eine Niederlage erlitten, und es war eine große Freude für die Kapitalisten der ganzen Welt, als die Ebbe der Wählerstimmung die Mandate der Partei MacDonalds von 288 auf 51 Mandate verminderte und MacDonald selber am Vorabend der Wahl aus seiner Partei desertierte. Aber die Sachkundigen wissen doch, daß das Gros der Caders der Arbeiterpartei auch 1931 intakt geblieben ist, und — die Ergebnisse der Nachwahlen beweisen das — wenn es morgen zu allgemeinen Wahlen in England käme, so würden mehr als 200 Sozialisten in das Parlament einziehen.

Und wie steht es mit anderen Feststellungen des „Temps"? Welches ist ihr wirkliches Gewicht?

Der Sozialismus, oder richtiger zu sagen die sozialistische Demokratie ist ausgerottet in Rußland; aber allerdings auch ganz andere Dinge, die den Liberalen aus dem „Temps" sicher sehr lieb sind, sind dort vernichtet worden und die Anhänger der bürgerlichen Ordnung — empfinden sie wirklich eine Befriedigung darüber, daß im sechsten Teil der Welt eine rote Diktatur allen Angriffen Widerstand leistet und ein gewaltiges Gegengewicht gegenüber allen nationalistischen Diktaturen in Mitteleuropa bildet?

Der Sozialismus ist aus Italien vertrieben worden, aber das Beispiel Spaniens — zeigt es etwa nicht, daß an dem Tage, als die Diktaturen zusammenbrechen, es nicht nur Monarchisten und Rechtspolitiker sind, die ihre Nachfolger werden?

Der Sozialismus hatte bisher keinen Einfluß auf die amerikanische Demokratie. Aber der „Temps" hat selber anläßlich der letzten Präsidentschaftskampagne in Amerika feststellen müssen, daß wenn auch Roosevelt aus dem hoffnungsreichsten Gegner Hoovers die Stimmen zufielen, die Herzen waren bereits für den populärsten unter den Kandidaten, den Sozialisten Norman Thomas.

Und ist es etwa eine unwichtige Tatsache, daß andererseits, „innerhalb der Grenzen der europäischen Freiheit", in allen Ländern von West- und Nordwesteuropa, in der Schweiz, in Belgien, in Holland, in den skandinavischen Ländern, in Frankreich, der Sozialismus und eben der internationale Sozialismus sich im Aufstiege befindet.

Vergessen wir auch Oesterreich mit dem roten Wien nicht, und die Tschechoslowakei des Präsidenten Masaryk, diese vorgeschobenen Posten der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa.

Aber man würde sagen: Was bedeuten schon diese Tatsachen in der Bilanz des Schicksals, angesichts der Katastrophe, die über den Sozialismus in Deutschland gekommen ist?

Es bleibt, daß das Dritte Reich gesiegt hat, das Deutschland Goethes, Marx' und Einsteins den Bestien ausgeliefert ist, daß alle bürgerlichen Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, zunichte geworden sind, daß das katholische eZntrum, das sich einst vor Bismarck nicht gebeugt hat, heute schändlich vor Hitler kriecht, daß die proletarischen Parteien gegen sich selbst tödlich gespalten, zur gemeinsamen Machtlosigkeit verurteilt und ins gemeinsame Verderben abgestürzt sind. Die Wiener „Arbeiterzeitung" hat vor kurzem ergreifend geschrieben, was es für eine Partei, die noch vor kurzem die stärkste Partei Deutschlands und die größte Partei der Welt gewesen ist, bedeutet, daß ihr Rüstzeug durch die brutale Gewalt zerschlagen, ihre Lokale geschlossen, ihre Presse außerhalb des Gesetzes gestellt, ihr Eigentum durch die bewaffnete Hand gestohlen und konfisziert wird, diese Zerschlagung aller Mittel der legalen Aktion, aller Möglichkeiten der offenen Arbeit.

Müssen wir vielleicht, angesichts dieses Zusammenbruches verzagen? Denen, die heute fragen, ob diese furchtbare Zerstörung überhaupt noch wieder gut zu machen ist, und ob man nicht mindestens Generationen brauchen wird, bis sich das sozialistische Deutschland wiederum erhebt, allen denen werde ich mit der Berufung auf eine einzige Tatsache antworten:

Auch wir in Belgien haben den Zerstörungswahn des deutschen Nationalismus kennen gelernt. Die, die heute unter Hitler wüten, sind doch dieselben Gewaltmenschen, oder deren Söhne, die bei uns in Belgien in den Jahren der Okkupation 1914—1918 gewütet haben. Und es soll dabei gesagt werden, daß diejenigen Belgier, die heute den deutschen Sozialisten Passivität vorwerfen und, wie unser Außenminister, soweit gehen, sie der Feigheit zu bezichtigen, sich doch daran erinnern müssen, daß während der vier todbringenden Jahre des Krieges die zivile und waffenlose Bevölkerung Belgiens, den Haß in den Herzen verborgen, auch gezwungen war, unter dem Schwert der Eroberer passiv zu bleiben.

Ich war damals, während dieser schweren Prüfung außerhalb des Landes, auf meinem Posten. Mit kurzen Unterbrechungen erhielt ich Geheimberichte, die mir sagten, daß die Arbeiterpartei, wie auch die anderen Parteien verboten, das Vermögen der Gewerkschaften konfisziert oder vernichtet, daß unsere Zeitungen aufhören zu erscheinen, daß die besten unserer Kämpfer verhaftet, eingekerkert, ausgewiesen, wenn nicht gar erschossen sind. Und manchmal, in den schwarzen Stunden des Exils habe ich mir gesagt, daß der Rest meines Lebens doch nicht ausreichen wird, um die Stücke von dem zusammenzulesen, was früher unser Stolz war.

Aber — kaum waren die letzten deutschen Soldaten über die Grenze zurückgezogen, da überströmte eine sozialistische Welle das Land, die Arbeiterschaft richtete sich wieder auf, und unsere Organisationen, die man schon für immer für zerstört halten konnte, wuchsen zu einem neuen Leben empor, stärker, zahlreicher und nach wenigen Monaten auch reicher, als sie je zuvor waren.

Diesen Aufstieg in meiner Erinnerung wieder herstellend, stimme ich dem „Temps" zu, daß dieses dunkle Jahr 1933 doch einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und der Welt bedeutet. Vielleicht wird er den Anfang einer Epoche einleiten, in der die Katastrophen von gestern durch die noch schrecklicheren Katastrophen von morgen überholt werden, und trotzdem habe ich den unbesiegbaren Glauben an die Zukunft des Sozialismus, der Demokratie, und der Internationale!

In der Zeit, als es noch revolutionär war, hat das Christentum über seine Verfolger gesiegt, und so wird es auch dem Sozialismus ergehen. Die Stunde der Vergeltung wird kommen!

Schutzhaft, weil nicht begeistert

Die „Vossische Zeitung" meldet aus Nürnberg: „In einer Verhandlung vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth äußerte ein Rechtsanwalt dem gegnerischen Anwalt gegenüber: „Ich muß offen gestehen, wir sind nicht begeistert von der neuen Regierung." Nach einer Verhandlungspause wurde der Anwalt im Gerichtssaal auf Anordnung der Politischen Polizei in Schutzhaft genommen."

Toni Pfülf

Genossin Antonie Pfülf ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Nachdem ein erster Versuch mißglückt war, hat eine zweite stärkere Dosis des Giftes, das sie seit Monaten stets bei sich trug, die ersehnte Wirkung getan.

Toni Pfülf, die Tochter eines bayrischen Offiziers, war eine geistvolle und edle Frau. Lehrerin von Beruf, neigte sie in früher Jugend zu den Ideen des demokratischen Sozialismus, bis ihr die Revolution von 1918 die Freiheit gab, sich in ihrem Sinne zu betätigen. Als Vertreterin ihrer bayrischen Heimat hat sie im Reichstag gewirkt, als eine Lehrerin der besten und edelsten Ideen der Menschheit kannten sie die Arbeiter in allen Teilen Deutschlands.

Unter den zahllosen wertvollen Persönlichkeiten, die durch das neue Regierungssystem vernichtet worden sind, war Toni Pfülf eine der wertvollsten. Sie schied aus dem Leben in Verzweiflung über die Schande des deutschen Volkes, das sie liebte und dem sie aufopfernd diente. In der Geschichte der sozialdemokratischen Partei, in der langen Reihe der deutschen Märtyrer der Freiheit bleibt ihr für alle Zeiten ein ehrenvoller Platz.

*

An die Genossin Breitscheid schrieb Toni Pfülf — unter Anspielung auf ihren ersten mißglückten Selbstmordversuch folgenden Abschiedsbrief:

„Durch das Eisenbahnmalheur neulich ist meine Reise nach Hause verzögert worden. Ich trete sie heute an. Hoffentlich komme ich ans Ziel. Freilich — es ist ein wenig untreu gegen Euch alle. Seid nicht böse und sehtes nicht als Flucht an, was es auch nicht ist. Grüßt alle guten Freunde, besonders Otto, und viel Glück auf den Weg."

Ein Trunkenbold schimpft.

Und wird, wie verdient, hinausgeworfen.

Der sogenannte Führer der „deutschen Arbeitsfront" und deutsche Reichskommissar in Genf, Dr. Ley, hat bei einem Empfang deutscher Journalisten in Genf die südamerikanischen Staaten und die Arbeitervertreter auf der Arbeitsfront in beispielloser Weise geschmäht. Er nannte Bolivien, Uruguay und Kuba „ideotische Staaten", die Arbeitervertreter „die ganze restliche Blase". Die Arbeitervertreter — so sagte er— erinnernten an die Kommunisten im früheren Reichstag, die wie ausgesuchte Exemplare von Zuchthäuslern ausgesehen hätten.

Auf heftige offizielle Proteste hat Ley sich mit einem telegraphischen Dementi herauszulügen versucht, dem niemand Glauben schenkt — aber selbst in diesem Dementi werden die Anwürfe gegen die Arbeitervertreter nicht bestritten!

Die Sprache des Trunkenboldes Ley ist jetzt zur offiziellen Sprache eines deutschen Reichskommissars geworden!

Arbeitervertreter mit Zuchthäuslern zu vergleichen — das paßt ausgezeichnet zu einem Manne, der sich ebenso großmäulig wie verlogen als Vertreter der deutschen Arbeiter bezeichnet.

*

Die erste Folge des Zwischenfalles zeigte sich bei einer Abstimmung in der Kommission für Arbeitszeitverkürzung. Die Zuteilung eines Sitzes an Dr. Ley wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Gegen Ley stimmten 6 Arbeiterdelegierte und die Regierungsvertreter von Spanien und Brasilien, für ihn 5 Vertreter der Arbeitgeber und die Regierungsvertreter von Deutschland und Italien. Deutschland ist somit in einer Kommission, die 75 Mitglieder zählt, nicht vertreten.

*

Genosse Otto Wels sandte dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der Internationalen Arbeitskonerenz in Genf, Gen. Mertens, folgendes Telegramm:

Die sozialdemokratischen und die im Geiste der freien Gewerkschaften kämpfenden Arbeiter Deutschlands begleiten mit lebhaftester Teilnahme Euren Kampf gegen die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung sowie Euren Protest gegen die Schande der grausamen Verfolgungen in Kasernen, Gefängnissen und Konzentrationslagern. Dafür ist Euch der Dank aller freiheitlichen Menschen in Deutschland gewiß.

Der Alleinherrscher

„Ueber die monarchistische Frage gibt es gar keine Auseinandersetzungen bei uns. Monarch ist der Alleinherrscher, und der ist bei uns Adolf Hitler!" (Oberpräsident Kube beim Sportfest der SA. in Erkner bei Berlin.)